



Herrn Lars Klingbeil

Vorsitzender der SPD

Berlin, 25.02.2025

Änderung der Schuldenbremse– Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und natürliche Lebensgrundlagen ermöglichen

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass es auch seitens der SPD Erwägungen gibt, vor Konstituierung des neuen Bundestags neue finanzielle Spielräume allein für Verteidigungsbelange zu ermöglichen. Neben grundsätzlichen Zweifeln, ob dieses Vorgehen mit alten Mehrheiten nach der Wahl demokratisch zu legitimieren ist, appellieren wir dringlich an Sie, eine Reform der Schuldenbremse oder ein neues Sondervermögen nicht allein auf diese Herausforderungen zu beschränken. Wir gehen davon aus, dass Sie als SPD Ihre Gestaltungsspielräume nutzen und die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz/-anpassung und Naturschutz durchsetzt. Dieses voraussichtlich einmalige Momentum darf nicht ungenutzt bleiben!

Die Gewährleistung von Sicherheit ist auch für uns zentral. Sicherheit definiert sich für uns aber auch über eine funktionierende Infrastruktur, die Unabhängigkeit von Energieimporten aus autokratischen Staaten, intakte Ökosysteme und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für den klimafreundlichen und ökologischen Umbau Deutschlands, den auch Sie in der Ampel-Regierung maßgeblich vorangetrieben haben, fehlt derzeit das finanzielle Fundament. Damit ist die zukunftsgerichtete Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur, die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und sozial gerechte Unterstützung privater Haushalte in Frage gestellt. Auch die Erreichung der Klimaziele, so der Expertenrat für Klimafragen, ist fraglich, wenn die nötigen Investitionen in den ökologischen Umbau nicht ermöglicht werden.

Die Herausforderung ist groß, und sie steht spätestens seit dem Urteil zum Klima- und Transformationsfonds als ungelöste Größe im politischen Raum. Die nötigen finanziellen Bedarfe des

Bundes für Klimaschutz und Transformation werden auf jährlich mindestens 77 Mrd. Euro¹ beziffert. Dabei ist die anteilige Übernahme der Mittel für die internationale humanitäre Hilfe und die Klima- und Biodiversitätsfinanzierung noch nicht eingerechnet, die durch den katastrophalen Rückzug der USA entstehen. Diese belaufen sich für Deutschland voraussichtlich auf 6 bis 10 Milliarden Euro jährlich.

Die Zukunftsfähigkeit und Resilienz Deutschlands wird durch eine Reform der Schuldenbremse auf der Investitionsseite abgesichert, wenn die Dekarbonisierung dabei ganz oben auf der Agenda steht. Die Programme aller demokratischen Parteien bieten hier ausreichend inhaltliche Schnittmengen, um eine Gesamtlösung auch im Sinne des Klima- und Naturschutzes und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu gestalten.

Danke, dass wir uns auf Ihre Unterstützung für den Klima- und Naturschutz verlassen können.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR

Olaf Bandt
Vorsitzender
BUND

Christoph Bautz
Geschäftsführender Vorstand
Campact

Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch

Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace Deutschland

Heike Vesper
Vorstand Transformation
Politik & Wirtschaft, WWF

¹ Nach Dezernat Zukunft